

Umkleidehaus für 2,1 Millionen Euro kommt

Ahrensburger Sportausschuss genehmigt Mehrkosten von 870.000 Euro im Nachtragshaushalt 2021. Bau könnte noch dieses Jahr beginnen

CHRISTIAN THIESEN

AHRENSBURG :: Nun bekommt Ahrensburg offenbar doch ein neues Umkleidehaus auf dem Stormarnplatz für die dort spielenden Fußballer, über das seit Jahren diskutiert und gestritten wird. Eine Mehrheit der Ahrensburger Lokalpolitik hat sich erneut zu dem Projekt bekannt und ist dafür auch bereit, mehr Geld auszugeben. So hat der Bildungs- und Sportausschuss mehrheitlich beschlossen, noch einmal zusätzliche 870.000 Euro im Nachtragshaushalt 2021 der Stadt für den Neubau einzuplanen.

Auf den Fußballfeldern hinter dem Rathaus trainieren und spielen normalerweise Hunderte Spieler aller Altersklassen der drei Vereine Ahrensburger TSV, FC Ahrensburg und Roter Stern Kickers. Sie nutzen derzeit die Umkleidekabinen und Sanitäranlagen des benachbarten Bruno-Bröker-Hauses (BBH). Allerdings sind diese wie das gesamte Gebäude marode und sanierungsbedürftig.

Bereits im Dezember 2017 wurden daher 800.000 Euro im städtischen Etat für ein zweigeschossiges Umkleidehaus bereitgestellt. Die Fertigstellung war damals für 2019 geplant. Im September 2018 erhöhten sich die Kosten um mehr



Eine Luftaufnahme vom Stormarnplatz: Das Umkleidehaus soll zwischen dem unteren Fußballfeld und der Stormarnstraße stehen.

FOTO: MANFRED GIESE



Der Beschluss ist gut, denn wir brauchen jetzt eine Lösung am Stormarnplatz

Oliver Zaar, Ahrensburger TSV

als 50 Prozent auf 1,25 Millionen Euro. Ende vergangenen Jahres wurde dann bekannt, dass die Kosten nochmals um fast 70 Prozent auf rund 2,12 Millionen Euro steigen würden, wenn die bisherige Bauplanung verwirklicht wird.

Der Neubau auf einer Freifläche an der Stormarnstraße soll mit sechs Umkleideräumen, Duschen, Toiletten, kleinen Büros und zwei Schiedsrichterumkleiden ausgestattet werden. Dazu kommen ein Versammlungsraum sowie ein Keller für Lager- und Technikräume. Nach Angaben der Ahrensburger Bauverwaltung haben neben Baukostensteigerungen Planungsfehler und ein schadstoffbelasteter Boden zu dem Kostenanstieg geführt.

Vor der Haushaltsberatung im Sportausschuss berichtete die Verwal-

tung erneut über den Sachstand des Projekts. Dabei stellte sie auch die Möglichkeit vor, statt eines Massivhauses ein Umkleidehaus aus Containern zu bauen. Die Kosten hierfür betragen laut der Verwaltung rund 1,36 Millionen Euro bei 24 Containern und rund 1,73 Millionen Euro für 36 Container. Dafür seien die Nutzflächen geringer als bei einem Massivbau und außerdem müsse man mit höheren Folgekosten für Energie und Unterhalt rechnen.

Zur Haushaltsberatung hatte die Wählergemeinschaft WAB beantragt, das zusätzliche Geld für die zuletzt errechneten Mehrkosten von rund 870.000 Euro zu streichen. „Planung, Räume und Kosten müssen in einem vernünftigen Verhältnis stehen“, sagte der WAB-Stadtverordnete Marcus Olszok. Ursprünglich sei es nur darum gegangen, neue Sanitärräume zu schaffen. „Das ist absolut verständlich, die jetzigen Zustände sind nicht mehr tragbar“, sagte Olszok. „Dennoch kann man die Raumplanung günstiger machen und hätte für

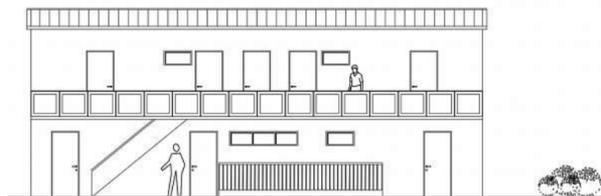
die Vereine immer noch mehr als früher geplant.“

Zustimmung bekam die WAB von Bela Randschau (SPD). „Die aktuellen Kosten von 2,1 Millionen Euro sind unverhältnismäßig für ein Provisorium, von dem sich der Hauptnutzer bereits verabschiedet hat“, sagte der Stadtverordnete. Er bezog sich damit auf den Wunsch des Ahrensburger TSV, ein Sportzentrum im Gewerbegebiet Beimoor-Süd zu bauen, da die Fußballabteilungen wachsen und das Gelände auf dem Stormarnplatz auf Dauer zu klein werde.

Widerspruch kam von CDU und Grünen. „Das Umkleidehaus ist kein Provisorium, es kann anders genutzt werden, wenn die Sportplätze später mal umziehen“, sagte Matthias Stern (CDU). Seine Fraktionskollegin Alessandra Wolf ergänzte: „Wir sollten in den sauren Apfel beißen. Das Umkleidehaus muss endlich fertig werden für die Fußballer.“ Christian Schubert-von Hobe (Grüne) sagte: „Sport gehört auch in die Innenstadt. Selbst wenn es später andere Sportplätze geben sollte, sollten dies zusätzliche Plätze sein.“

Mit den Stimmen von CDU, Grünen und Linken wurde der WAB-Antrag abgelehnt. Dafür stimmte die SPD, die FDP enthielt sich. Ebenso gab es keine Mehrheit für einen Antrag der WAB, alles Geld für das Umkleidehaus im Haushalt zu sperren, um Alternativen zur Planung weiter zu prüfen. Das letzte Wort in Ahrensburg bei der Freigabe der 870.000 Euro hat nun die Stadtverordnetenversammlung. Sie folgt in der Regel dem Votum der Fachausschüsse. Stimmt sie zu, könnte dieses Jahr mit dem Bau des Umkleidehauses begonnen werden. Nach Angaben der Verwaltung wäre dann eine Fertigstellung im Juli 2022 möglich.

Das dürfte vor allem die drei Fußballvereine freuen, die ein neues Umkleidehaus immer vehement gefordert hatten. Von ihnen war in der Ausschusssitzung Oliver Zaar anwesend, zweiter Abteilungsleiter des ATSV. „Der Beschluss ist gut, denn wir brauchen jetzt eine Lösung am Stormarnplatz“, sagte er. „Das ist unabhängig von der Frage, wie es mit den Sportplätzen dort weitergeht.“



So soll das Umkleidehaus aussehen.

GRAFIK: ATELIER SANDRA FOEHLAU

Alte bleiben beim Impfstoffstart in Reinbek auf der Strecke

Zunächst nur **AstraZeneca-Vakzin** für Zentrum am Jürgen-Rickertsen-Haus. Unverständnis und Kritik: Bürgermeister üben weiter Druck aus

REINBEK :: Für die betroffenen Kommunen ist diese Planung nicht nachzuvollziehen: Das Impfzentrum im Reinbeker Jürgen-Rickertsen-Haus öffnet am 1. März, aber es gibt zunächst nur den Impfstoff von AstraZeneca. Die Bürgermeister von Reinbek, Wentorf, Glinde, Oststeinbek und Barsbüttel sind entsetzt. Schließlich hatten sie sich in einem Brandbrief an Sozialminister Heiner Garg (FDP) für eine Öffnung des Impfzentrums eingesetzt, um ältere Menschen den langen und für einige beschwerlichen Weg nach Mölln oder Bad Oldesloe zu ersparen. Doch gerade die können nicht vom AstraZeneca-Vakzin profitieren, denn dieses wird nur an unter 65-Jährige ausgegeben.

„Skandalös“ findet das Wentorfs Bürgermeister Dirk Petersen, der die Herangehensweise des Sozialministeriums nicht nachvollziehen kann. Er rechnet mit Unmut in der Bevölkerung. Ältere Menschen werden vernachlässigt. Reinbeks Verwaltungschef Björn Warmer sieht das genauso: „Es ist bedauerlich,

dass wir im Sozialministerium darauf hinweisen müssen, wo der Süden Schleswig-Holsteins liegt. Für die scheint das Land in Bad Oldesloe zu enden.“ Er kritisiert auch die Kommunikation scharf.

Ob auf Einwirken der Bürgermeister, der Landtagsabgeordneten Lukas Kil-

ian (CDU) und Martin Habersaat (SPD) oder des Kreises Stormarn, der sich auch in Kiel eingesetzt hat: Das Land erklärt nun, zumindest ab 15. März auch Impfstoff von Biontech/Pfizer nach Reinbek und Großhansdorf zu liefern, der nachmittags verimpft wird.

Björn Warmer will weiterhin Druck ausüben: „Ich verlange, auch im Namen der Kollegen, dass ab dem 1. März Impfstoff in Reinbek ausgegeben wird, der für alle da ist.“ Oststeinbeks Bürgermeister Jürgen Hettwer meint: „Jeder Tag zählt.“ Schließlich gehe es um Menschenleben.

Aus dem Sozialministerium heißt es, dass alle Impfzentren grundsätzlich „allen aktuell impfberechtigten Menschen zur Verfügung stehen“ sollen. Dass dies in Reinbek zunächst nicht geschehe, liege an der begrenzten Impfstoff-Menge.

Lukas Kilian ist sauer. Er erklärt: „Weder der Mangel an Impfstoff noch die örtlichen Gegebenheiten begründen diese Planung.“ Denn frühzeitig habe er in Kiel vorgeschlagen, eine der zwei Biontech-Impflinien aus Bad Oldesloe

nach Reinbek zu verlagern. Auch Landrat Henning Görtz habe dies unterstützt. Das Ministerium habe sich jedoch quer gestellt. „Es ist sehr ärgerlich, dass unsere frühzeitigen Hinweise und Lösungsmöglichkeiten nicht aufgegriffen wurden“, sagt Kilian.



Ich verlange, dass ab dem 1. März in Reinbek Impfstoff ausgegeben wird, der für alle da ist

Björn Warmer, Reinbeks Bürgermeister

Nun seien durch den Zeitablauf Fakten geschaffen worden, die Terminvergabe für März in Bad Oldesloe habe begonnen. „Ich erwarte, dass das Gesundheitsministerium zukünftig sachdienliche Hinweise nicht als störende Kritik abtut, sondern aktiv aufgreift“, sagt Kilian. Er will weiter alle Hebel in Bewegung setzen, um einen früheren Impfstoff für über 80-Jährige zu ermöglichen.

Der jetzige Plan sieht vor, dass das Impfzentrum Reinbek ab dem 1. März täglich mit zwei Impflinien von 9 bis 12 Uhr öffnet. Pro Linie und pro Stunde können zwölf Personen geimpft werden. Laut Andreas Rehberg vom Kreis beginnt die Terminvergabe kommende Woche. Sie richtet sich an die erste Priorisierungsgruppe, also in diesem Fall an medizinisches Personal und Pflegekräfte. Wie Rehberg weiß, sind in dieser Gruppe jedoch bereits „eine ganze Reihe geimpft worden“. Er geht davon aus, dass in den kommenden Wochen bereits Restmengen an die zweite Priorisierungsgruppe verimpft werden können. aksc

Grundschule Am Hagen erhält Neubau für 6,4 Millionen Euro

AHRENSBURG :: Gute Nachrichten für die Eltern, Lehrer und Schüler der Ahrensburger Grundschule Am Hagen: Die Bildungseinrichtung erhält sechs neue Klassenräume. Der Neubau dafür soll in den Jahren 2023 und 2024 errichtet werden. Das hat der Bildungsausschuss einstimmig beschlossen.

Der Neubau entsteht auf der Fläche des derzeitigen Pavillons der Grundschule. Letzterer sowie der Mitteltrakt der Schule werden dafür abgerissen. Die beiden Gebäude aus den Jahren 1973 und 1955 sind stark sanierungsbedürftig. Zudem soll der Neubau den zusätzlichen Raumbedarf für die Betreuung der Kinder nach dem Unterricht, die Schulsozialarbeit und die Integrationsklassen abdecken. Hintergrund: Ab dem 1. August 2021 wird die Grundschule Am Hagen als Offene Ganztagschule (OGS) geführt. Durch den Neubau erhält die Grundschule außerdem mehr Außenfläche für den Schulhof und Sportanlagen.

Der beschlossene Neubau mit einer Fläche von rund 1395 Quadratmetern soll zweigeschossig werden und neben den sechs Klassenräumen Platz für sechs Gruppenräume bieten. Dazu kommen ein Musik- und ein Werkraum, ein Forum und eine Cafeteria. Das neue Gebäude wird barrierefrei an den bestehenden Altbau der Grundschule angebunden. Die Stadtverwaltung plant mit Kosten in Höhe von rund 6,4 Millionen Euro.

Nach der Zustimmung des Bildungsausschusses soll demnächst das Architekturbüro ausgewählt werden, um die Pläne für die Gebäudeform des Neubaus zu erarbeiten. Während der Bauzeit von rund anderthalb Jahren sollen auf dem Schulhof Mietcontainer aufgestellt werden, um den Platzbedarf der Grundschule zu decken. cit

Corona-Inzidenz in Stormarn sinkt wieder unter 50

BAD OLDESLOE :: Das Gesundheitsamt des Kreises Stormarn hat für den Zeitraum von Donnerstag- bis Freitagmittag (15 Uhr) 19 Neuinfektionen mit dem Coronavirus gemeldet. Die gute Nachricht: Erstmals seit Wochen ist der Inzidenzwert, der die Zahl der Neuinfektionen innerhalb von sieben Tagen pro 100.000 Einwohner angibt, wieder unter die Marke von 50 gesunken. Er liegt jetzt nach 117 Neuinfektionen in der vergangenen Woche bei 47,9.

Die Gesamtzahl der klinisch bestätigten Covid-19-Fälle in Stormarn ist auf 4561 gestiegen. Davon gelten 4070 allerdings mittlerweile wieder als genesen, aktuell sind 266 Stormarnerinnen und Stormarner infiziert.

Innerhalb von 24 Stunden sind aber auch drei weitere Stormarner gestorben, die mit dem Coronavirus infiziert waren. Laut Kreisverwaltung handelt es sich dabei um einen Mann der Altersgruppe über 80 Jahre sowie zwei Frauen der Altersgruppen über 80 und über 90 Jahre. Insgesamt sind seit Beginn der Pandemie 225 Stormarn an oder mit dem Coronavirus gestorben. HA

AHRENSBURG

Stadt streicht Gebühr für Tische und Auslagen vor Geschäften

:: Die Ahrensburger Kaufleute müssen dieses Jahr kein Geld an die Stadt zahlen, wenn sie öffentliche Wege oder Plätze vor ihren Geschäften nutzen. Das gilt beispielsweise für Tische und Stühle der Gastronomen, aber auch für Auslagen und Werbeplakate. Nach dem Hauptausschuss hat sich auch der Bau- und Planungsausschuss klar dafür ausgesprochen, wegen der Corona-Folgen auf die sogenannten Sondernutzungsgebühren zu verzichten. Zuletzt hatten 28 Restaurants und 21 Läden zusammen rund 30.000 Euro gezahlt. Die Monatsgrundgebühr liegt bei 4,25 Euro je Quadratmeter. Anträge müssen trotzdem gestellt werden, weil die Verwaltung die räumlichen Voraussetzungen vor Ort prüft. kv



Weder der Mangel an Impfstoff noch die örtlichen Gegebenheiten begründen diese Planung

Lukas Kilian, CDU-Abgeordneter